

## „Woher das Geld für die Bildung nehmen?“

Vortrag von Christian Felber  
im Freihaus HS 1 der TU Wien  
am 2. November 2009

Ich danke Euch für Euren Einsatz.  
Ihr zeigt Eigenverantwortung im besten Sinne.  
Nicht im Sinne von Gruppenegoismus.  
Sondern im Sinne von demokratischer Verantwortung.  
Dafür verdient ihr Unterstützung.  
Attac erklärt sich mit Euren Protesten solidarisch.  
Ein starkes und freies Bildungswesen ist essentiell für eine stabile Demokratie.  
Eine demokratische Gesellschaft soll sich ein starkes und freies Bildungswesen leisten.

Österreich *kann* sich ein starkes und freies Bildungssystem leisten.  
Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt.  
Österreich ist steinreich. Geld ist in Hülle und Fülle da.  
Die Frage ist nur, wofür es verwendet wird.  
Die Regierung hat klare Prioritäten, wofür sie Geld ausgeben will und wofür nicht.

Für die Banken sind sofort 100 Milliarden da – ohne demokratische Diskussion.

Für die Hochschulen gibt die Regierung ungefähr ein Prozent des BIP aus: 2,8 Mrd. €

Andere Länder geben deutlich mehr für Hochschulbildung aus:  
Finnland und Schweden knapp 2%,  
Kanada fast 2,5 %.

Es wäre also nur das Aufschließen zu mit Österreich vergleichbaren Ländern, wenn das Hochschulbudget in den nächsten Jahren verdoppelt würde.

In Österreich geht der Trend aber in die Gegenrichtung:  
2000 waren es noch 1,1% des BIP, 2007 nur noch 1,06% (*Kurier*, 29. Oktober 2009)  
Mit den 34 „zusätzlichen“ Millionen sind es jetzt 1,07%.

2,8 Milliarden Euro sind ein Klacks gemessen am vorhandenen Reichtum in diesem Land.  
Die Finanzvermögen der Privathaushalte belaufen sich nach jüngsten Angaben der OeNB von dieser Woche auf 429 Milliarden Euro - ohne Unternehmensvermögen und Immobilienvermögen. Reichtum ist genug vorhanden.

Eine kleine Besteuerung dieser Vermögen würde ausreichen, um die finanzielle Situation der Hochschulen nachhaltig sicherzustellen.

Die Regierung denkt nicht daran:  
Josef Pröll hat in seiner Rede „Projekt Österreich“ vor zwei Wochen wörtlich gesagt:  
**„Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern.“**

Während er ohne mit der Wimper zu zucken Schulden in mehrstelliger Milliardenhöhe macht,  
die nur und ausschließlich durch Steuern zukünftiger und gegenwärtiger Generationen  
zurückgezahlt werden können, weigert er sich strikt, neue Steuern zu erheben.

## **Was ist die logische und zwingende Konsequenz?**

Wir können die explodierenden Schulden zurückgezahlt werden, wenn es „keine zusätzlichen Steuern“ gibt?

Die Regierung wird die staatlichen Leistungen empfindlich weiter einschränken.

Das ist das Erbe der Ära Schüssel. „Weniger Staat, mehr privat“ war das Credo von Wolfgang Schüssel. Das hat nicht er erfunden, sondern die neoliberalen Vordenker um Friedrich v. Hayek und Milton Friedman. Sie erklärten den Staat zum Feind und den Markt zum Naturwunder, das sich am besten selbst reguliert. Der Staat sollte sich zurückziehen, verduften.

Die schwarz-blaue Regierung wollte den Staat zu einem der kleinsten in der OECD machen. Die Bundesregierung hat in der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 wörtlich das Ziel gesetzt:

„Die österreichische Steuer- und Abgabenquote soll zu den niedrigsten in der OECD gehören.“ („*Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung*“, April 2002).

Die niedrigsten Steuer- und Abgabenquoten lagen im Jahr 2000 [also der relevante Zeitpunkt bei der Erstellung der Strategie] in der Türkei bei 24%, in Südkorea bei 23% und in Mexiko bei 18%. Die drei OECD-Mitglieder mit der niedrigsten Steuer- und Abgabenquote hatten einen mittleren Wert von 21,5%. Das ist exakt die Hälfte der österreichischen Steuer- und Abgabenquote von 2002 (43%). Somit war es beschlossenes Ziel der Regierung Schüssel, den Staat Österreich zu halbieren = massakrieren/privatisieren.

Die Umsetzung dieses Ziels würde bedeuten:

Das öffentliche Bildungssystem halbieren.

Das öffentliche Gesundheitssystem halbieren.

Die Pensionsleistungen im öffentlichen Umlageverfahren halbieren.

Und auch alle anderen staatlichen Leistungen von der Trinkwasserversorgung über den Kindergarten bis zum Gehsteig halbieren.

Die schwarz-blaue Regierung wollte damit das neoliberale Projekt – radikaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Gesellschaft – mit aller Konsequenz durchsetzen.

Die programmatische Ansage von Josef Pröll liegt auf dieser Linie.

In den nächsten Jahren sind weitere Kürzungen beim Staat zu befürchten, weil es jede Menge Schulden zurückzuzahlen gilt, aber keine zusätzlichen Steuern geben wird.

Die Regierung wird beim Bildungssystem sparen.

Sie wird sagen: Tut uns leid, kein Geld da, wir haben Schulden!

Sie wird beim Gesundheitssystem sparen.

Und bei den Pensionen.

Und sie wird die noch verbleibenden öffentlichen Güter privatisieren:

die ÖBB, die Post und vielleicht den ORF.

Raiffeisen hat schon Interesse an ORF 1 angemeldet. (*Die Presse*, 6. November 2008.)

Das ist die Situation von heute:

Wir alle, die wir Steuern zahlen, geben Raiffeisen Kredit, weil sich die Bank verspekuliert hat, und Raiffeisen will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Und danach folgen vielleicht die Schulen und Universitäten. Dazu dienen u. a. die Studiengebühren, denn es macht die Universitäten attraktiver für Investoren, wenn die Privaten die Studiengebühren nur erhöhen oder verallgemeinern, aber nicht mehr einführen müssen.

„Wehret den Anfängen“ heißt, die Universitäten als öffentliches Gut frei und für alle zugänglich zu halten.

Zur Spar- und Staatsabbaustrategie der Regierung passt wunderbar die Liberalisierung – in der EU und in der WTO.

„Liberalisierung“ heißt Herstellung eines Marktes. Bildung wird zur Ware und Universitäten zu Unternehmen, die nach Wettbewerbsfähigkeit und Gewinn streben müssen.

**Diese Strategie ist schon in einem anderen Sektor katastrophal schief gegangen:**

Bei den Banken. Auch sie wurden via Liberalisierung in einen EU-Binnen- und dann in den globalen Markt getrieben, und das Ergebnis ist die Krise, in der wir sitzen.

Banken sollten aber, ähnlich wie Universitäten, nicht nach Gewinn streben und einander konkurrenzieren, sondern der Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Sie sollen nicht gewinnorientiert sein und von uns, dem demokratischen Souverän, organisiert und kontrolliert werden.

**Wenn die Universitäten und Schulen liberalisiert, in Unternehmen verwandelt und auf den freien Markt geschickt werden, wird das Ergebnis ähnlich katastrophal ausfallen wie jetzt bei den Banken.**

Die Regierung geht noch einen Schritt weiter:

Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll spricht in seiner Rede wörtlich, dass er Österreich „wie ein mittelständisches Unternehmen im globalen Wettbewerb“ versteht.

Das ist zunächst ein Skandal an sich, **weil der Staat kein Unternehmen ist.**

Der Staat ist oder sollte zumindest sein Instrument und Ausdruck des Gemeinwillens. Ein typisches mittelständisches Unternehmen ist nicht demokratisch organisiert. Der Vizekanzler will mit seiner Metapher für den Staat die Demokratie durch die Hintertür entsorgen, und es folgt kein medialer Aufschrei, weil die Medien diesen metaphorischen Putsch offenbar goutieren, anstatt ihn zu entlarven und zurückzuweisen.

(Selbst wenn der Staat ein mittelständisches Unternehmen wäre, dann wäre es strategischer Selbstmord, bei der eigenen Zukunft zu sparen, beim Wissensfundament, bei der Bildung, beim Rahmen für Erkenntnis, Kreativität und Weisheit. Der Finanzminister hat nicht nur ein hochproblematisches Verständnis von Demokratie, sondern offenbar auch kein sehr tiefgehendes von einem mittelständischen Unternehmen im globalen Wettbewerb.)

Ein „wettbewerbsfähiger“ Staat muss schlank sein und darf „keine neuen Steuern“ erheben, behauptet die Regierung.

**Dieses Argument ist nicht nur zutiefst undemokratisch, es ist auch grundfalsch.**

Denn die Staaten mit den höchsten Steuer- und Staatsquoten – Schweden, Finnland, Dänemark – fahren am besten:

- Sie haben die niedrigsten Armutsraten;
- die am weitesten gehende Gleichstellung zwischen Frauen und Männern;
- die großzügigsten Entwicklungszusammenarbeit-Etats;
- und die üppigsten Hochschul-Budgets.

Den Ländern mit den höchsten Steuerquoten, mit den umfangreichsten öffentlichen Sektoren und den höchsten Spitzensteuersätzen geht es gut.

In Österreich arbeiten wenig mehr als 10% aller Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor; in Skandinavien sind es an die 30%. Das Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ ist nur ein Vorwand, um den öffentlichen Sektor zu schrumpfen und die Reichen steuerlich zu schonen.

In Österreich werden die Reichen systematisch steuerlich entlastet.

Die Vermögenssteuer wurde 1993 abgeschafft.

Das Privatstiftungsrecht 1994 eingeführt.

Die Börsenumsatzsteuer 2000 abgeschafft.

Die Erbschaftssteuer 2008 abgeschafft.

Österreich zählt mit Tschechien und der Slowakei zu den Ländern mit der niedrigsten Vermögensbesteuerung unter allen Industrieländern.

Obwohl die Reichen es sich leisten könnten – spielend:

Die Zahl der Dollarmillionäre ist in Österreich wie folgt entwickelt:

- 2004 wuchsen die HNWI um **5%** auf 63.000.
- 2005 wuchsen die HNWI um **6,9%** auf 67.7000
- 2006 wuchsen die HNWI um **7,2%** auf 72.200
- 2007 wuchsen die HNWI um **7,6%** auf 77.700
- 2008 schrumpften die HNWI gerade einmal um **9,1%** auf 70.100 und lagen damit höher als 2005! Von massiver Vermögensvernichtung bei den Reichen durch die Krise also bisher keine Spur!

Laut Regierungsangaben besitzt 1 Promille der Haushalte in Österreich ein gleich großes Vermögen wie 50% der Haushalte.

Und der reichste Haushalt besitzt ein Vermögen, das gleich groß ist wie das gemeinsame Vermögen von 29% aller Haushalte.

Dieser Haushalt zahlt keine Vermögenssteuer und keine Erbschaftssteuer.

Wenn die Vermögen in Österreich (1000 Milliarden Euro) mit nur einem Prozent besteuert würden, würde das 10 Milliarden Euro mehr einbringen – viermal mehr als das Hochschulbudget.

Allein ein Prozent Steuer auf die Netto-Finanzvermögen der privaten Haushalte (270 Milliarden Euro Ende 2008) könnte den Hochschuletat (2,7 Milliarden) verdoppeln.

Es gibt noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Staatsfinanzen:

- Durch die Auflösung des Bankgeheimnisses könnten Kapitaleinkommen genauso automatisch an das Finanzamt gemeldet werden wie heute schon Löhne und Gehälter – und genauso hoch versteuert werden wie diese, indem alle Einkommen mit einheitlichen Einkommenssteuer belegt würden. Das wäre gerechter als heute und würde die Staatskassen füllen. Österreich wurde heute vom globalen Tax Justice Network auf den 12. Platz der intransparentesten Finanzplätze gereiht.

- Eine Finanztransaktionssteuer würde laut einer Wifo-Studie auf EU-Ebene in einem mittleren Szenario rund 150 Milliarden Euro einspielen. Zum Vergleich: Die EU „kostet“ derzeit 133 Milliarden Euro (EU-Etat). Die Transaktionssteuer könnte die gesamte EU finanzieren.
- Die globalen Dollar-Millionäre (HNWI) vermehrten ihren Reichtum zwischen 1996 und 2007 um sage und schreibe 24 Billionen US-Dollar oder 24.000 Milliarden US-Dollar. Laut Internationalem Währungsfonds IWF belaufen sich die Abschreibungen aller Banken weltweit zwischen Mitte 2007 und Ende 2010 auf 4 Billionen US-Dollar – ein Sechstel des Reichtumszuwachses der Dollarmillionäre. Wenn sie ein Sechstel ihres zusätzlichen Reichtums der letzten zehn Jahre abgeben würden, könnten alle Krisenkosten beglichen werden. Die Massen würden keinen Cent mehr Steuern zahlen, die Staaten bräuchten keine Leistung einschränken und keine neuen Schulden machen.
- Die Abschaffung der Erbschaftssteuer oberhalb eines Freibetrags von z. B. 500.000 Euro und die Gleichverteilung des Vermögens der scheidenden Generation an die folgende würde die Chancen gleicher verteilen als heute.

## Demokratie

Ziel der Bildung darf nicht Wettbewerbsfähigkeit sein.

Ziel der Bildung muss der freie und kritisch-vernünftige Mensch sein.

Wenn die Regierung die Universitäten als Unternehmen betrachtet, ist das das Ende der freien Bildung.

Und wenn der Vizekanzler Österreich zum Unternehmen fantasiert, ist das das Ende der Demokratie.

Österreich ist schon teilweise so undemokratisch wie ein autoritäres Unternehmen.

Die Demokratie ist dann lebendig und glaubwürdig, wenn alle Teilorganisationen so demokratisch wie möglich organisiert sind.

Auch die Unternehmen, Universitäten und Banken.

Deshalb muss die Demokratisierung der Universitäten für alle ein Ziel sein, denen die Demokratie wichtig ist. Wer sich als Demokrat oder Demokratin versteht, sollte jene unterstützen, die sich für die Demokratisierung der Universitäten einsetzen.

In der Rede des Vizekanzlers kam das Wort „Demokratie“ gezählt null Mal vor - genauso das Wort Freiheit oder Menschenwürde.

([http://www.bmf.gv.at/Presse/Oktober/Rede\\_Projekt\\_Oesterreich.pdf](http://www.bmf.gv.at/Presse/Oktober/Rede_Projekt_Oesterreich.pdf))

Das sagt viel über das Demokratieverständnis der Regierung.

Ich würde gerne mit Euch über Euer Demokratieverständnis diskutieren.

Christian Felber, Wien, 2. November 2009

[www.christian-felber.at](http://www.christian-felber.at)